



Presseschau vom 22.12.2019

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info.*

Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, Korrespondent und die Online-Zeitung Timer aus Odessa* ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (BigMir, Ukrinform, UNIAN, Korrespondent und Timer) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

abends/nachts:

de.sputniknews.com: **Sputnik Estonia unter Druck: OSZE-Beauftragter gegen „unnötige Einschränkungen“**

Der OSZE-Beauftragte für Pressefreiheit, Harlem Desir, sieht die Maßnahmen Estlands gegen die Mitarbeiter von Sputnik Estonia mit Sorge an und stellt Forderungen an die estnischen Behörden.

„Ich habe die estnischen Behörden angesichts der Maßnahmen gegen die Journalisten von Sputnik Estonia nach der Verhängung persönlicher Sanktionen gegen (den Generaldirektor der Mediengruppe ‚Rossiya Segodnya‘ Dmitri – Anm. d. Red.) Kisseljow angeschrieben. Ich rufe die Behörden dazu auf, keine unnötigen Einschränkungen der Arbeit ausländischer Medien vorzunehmen, die einen freien Informationsfluss beeinflussen könnten“, twitterte Desir am Samstag.

Die estnische Polizei sowie der Grenzschutz haben die Mitarbeiter von Sputnik Estonia unter Druck gesetzt, ihren Job für „Rossiya Segodnya“ bis Jahresbeginn 2020 zu kündigen, wie das Unternehmen diese Woche bekanntgab. Sollten sie dieser dringenden „Empfehlung“ nicht nachkommen, wäre eine Strafverfolgung möglich. Die Behörden sehen ihre Drohungen in den Sanktionen gerechtfertigt, die die EU im März 2014 im Hinblick auf die damaligen Ereignisse in der Ukraine verhängt hatte.

Russlands Präsident Wladimir Putin bezeichnete die Handlungen der estnischen Behörden bei

seiner jährlichen großen Pressekonferenz in Moskau am Donnerstag gegenüber Journalisten der Agentur Sputnik als einen „erstaunlichen Zynismus“. In jedem Fall sollten Möglichkeiten gefunden werden, in Ländern weiter zu arbeiten, „die sich vor Ihren Informationen fürchten, die Sie für Ihre Zuschauer und Leser verbreiten“.

Ende Oktober hatten die estnischen Zweigstellen von internationalen Bankkonzernen Gehaltsüberweisungen, Steuern- und Mietzahlungen von Sputnik Estland eingefroren. Der Vermieter hatte einseitig den Büromietvertrag gekündigt.

ombudsmandnr.ru: Vom 13. bis 19. Dezember 2019 wurden auf dem Territorium der DVR 2 Soldaten der Republik verletzt.

Vom 1. bis 19. Dezember 2019 wurden auf dem Territorium der DVR 220 Menschen in der Folge der militärischen Aggression von Seiten der Ukraine unterschiedlich schwer verletzt, davon 147 Soldaten der Republik, 24 Zivilistinnen, 44. Zivilisten und 5 Minderjährige.

Vom 13. bis 19. Dezember 2019 wurden auf dem Territorium der DVR in der Folge der militärischen Aggression von Seiten der Ukraine ein Soldat der Republik getötet.

Im Zeitraum vom 1. Januar bis 19. Dezember 2019 wurden auf dem Territorium der DVR in der Folge der militärischen Aggression von Seiten der Ukraine 166 Menschen getötet, davon 157 Soldaten der Republiken, 6 Zivilistinnen und 3 Zivilisten.

de.sputniknews.com: Peking toleriert keine Einmischungen von außen – Vertreter des Nationalen Volkskongresses Chinas

Der von US-Präsident Donald Trump angenommene Verteidigungshaushalt betrifft auch China und Taiwan und hat nun in der Volksrepublik für scharfe Reaktionen gesorgt. Peking wirft Washington wiederholt Einmischung in innere Angelegenheiten vor.

„Die amerikanische Seite hat die wiederholt zum Ausdruck gebrachte feste und faire Position der VR China nicht berücksichtigt. Der entsprechende Gesetzesentwurf enthält viele Punkte, die in die inneren Angelegenheiten Chinas eingreifen. Sie betreffen die Frage von Taiwan, Hongkong und Xinjiang, die entsprechenden Absätze sind voller Vorurteile und ignorieren die Fakten. China ist in dieser Hinsicht sehr unzufrieden und protestiert dagegen heftig“, sagte der offizielle Vertreter des Ausschusses für internationale Angelegenheiten des Nationalen Volkskongresses der Volksvertreter, Yu Wenjie, am Samstag.

Ihm zufolge verstößt der Inhalt des Dokuments in Bezug auf Taiwan ernsthaft gegen das „Ein-China-Prinzip“ und die drei gemeinsamen Kommuniqués von China und den USA, wodurch die Beziehungen zwischen Peking und Washington erheblich geschädigt und Frieden und Stabilität in der Taiwanstraße bedroht werden.

„Die Taiwan-Frage ist ausschließlich eine innere Angelegenheit Chinas und toleriert keine Einmischung von außen“, sagte er weiter.

Yu Wenjie betonte, dass „Gewalt Gewalt ist und keine Petition oder Appellationen dies rechtfertigen können, und der US-Plan, unter dem Vorwand des Schutzes der Demokratie und der Menschenrechte in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten einzugreifen, niemals Erfolg haben wird“.

„Wir fordern die USA nachdrücklich auf, das Denken des Kalten Krieges aufzugeben, die Einmischung in die inneren Angelegenheiten Chinas zu unterlassen und sofort wirksame Maßnahmen zu ergreifen, um die negativen Auswirkungen (der Einmischung – Anm. d. R.) zu beseitigen“, sagte er.

China hat die USA mehrmals beschuldigt, dass sie die Hongkong-Proteste sponsern und Spannungen im Südchinesischen Meer und Taiwan verursachen. China drohte daraufhin mit „entschiedenen Gegenmaßnahmen“, bestellte zunächst aber nur erneut den US-Botschafter ein.

US-Präsident Donald Trump hatte am Freitagabend den Verteidigungshaushalt für das Fiskaljahr 2020 signiert, der Punkte zur Unterstützung von Demonstranten in Hongkong und

zur militärischen Zusammenarbeit mit Taiwan enthält.

vk-Seite der Union der Kommunisten des Lugansker Lands: **In Lugansk wurde der 140. Geburtstag Josif Stalins begangen**

Die Kommunisten von Lugansk haben eine feierliche Versammlung durchgeführt und Blumen am Denkmal des herausragenden Führers des sowjetischen Staats, des Generalissimus des Sieges Josif Stalin niedergelegt.

Vor den Versammelten sprachen der Vorsitzende der Kommunisten der LVR Igor Gumenjuk, der Abgeordnete des Volkssowjets der LVR Oleg Popow, der Journalist Alexandr Akentjew, der Vorsitzende des Komsomol der Republik Gleb Grinko sowie Veteranen der Partei. Seit dem frühen Morgen legen Lugansker rote Nelken an das Stalin-Denkmal.



<https://sun6-19.userapi.com/c856036/v856036709/1ab072/a7C8WFly7N8.jpg>

vormittags:

lug-info.com: Die Kiewer Truppen haben in den letzten 24 Stunden einmal das „Regime der Ruhe“ im Verantwortungsbereich der LVR verletzt. Dies teilte die Vertretung der LVR im GZKK mit.

Beschossen wurde **Frunse**. Geschossen wurden mit 82mm-Mörsern.

de.sputniknews.com: **Nord Stream 2-Sanktionen sind „pro-europäische Entscheidung“ – US-Botschafter**

Der US-Botschafter in Berlin, Richard Grenell, hat in einem Interview mit der „Bild am Sonntag“ die Sanktionen der Vereinigten Staaten gegen die Gaspipeline Nord Stream 2 verteidigt und die Kritik der Bundesregierung zurückgewiesen. Denn ihm zufolge sind die Strafmaßnahmen eine „pro-europäische Entscheidung“.

„15 europäische Länder, die Europäische Kommission und das Europäische Parlament haben allesamt ihre Bedenken an dem Projekt angemeldet“, sagte der Botschafter.

„Seit Langem hören wir von unseren europäischen Partnern, dass die Vereinigten Staaten sie bei ihren Bemühungen unterstützen sollten. Darum sind die Sanktionen eine sehr pro-europäische Entscheidung“, so Grenell.

Viele europäische Diplomaten hätten sich dafür bedankt, dass die amerikanische Regierung Maßnahmen ergriffen habe, betonte er.

Vize-Kanzler verurteilt US-Vorgehen scharf

Am Samstag hatte der deutsche Vize-Kanzler Olaf Scholz das US-Vorgehen in Bezug auf die Pipeline Nord Stream 2 auf das Schärfste kritisiert. Die US-Sanktionen gegen die Pipeline Nord Stream 2 könnten auch deutsche Unternehmen empfindlich treffen sowie eine Gefahr für die deutsche und europäische Energiesicherheit darstellen.

„Solche Sanktionen sind ein schwerer Eingriff in die inneren Angelegenheiten Deutschlands und Europas und die eigene Souveränität. Das lehnen wir entschieden ab“, sagte Scholz in einem Interview mit dem ARD-Hauptstadtstudio.

US-Sanktionen gegen Nord Stream 2

US-Präsident Trump hatte am Freitag (Ortszeit) den neuen Verteidigungshaushalt unterzeichnet und damit die darin enthaltenen Sanktionen gegen Nord Stream 2 in Kraft gesetzt. Sie richten sich gegen Firmen, die am Verlegen der Pipeline beteiligt sind, sowie deren Eigner. Als Strafmaßnahmen sind Einreiseverbote und das Einfrieren von Vermögen in den USA vorgesehen.

Das Nord-Stream-2-Konsortium hat derweil erklärt, die Ostsee-Gaspipeline trotz Sanktionen so bald wie möglich weiterbauen zu wollen. Moskau wird laut dem russischen Außenministerium weiterhin seine Wirtschaftsprojekte realisieren – unabhängig von Sanktionen jeder Art.

„Russland hat seine Wirtschaftsprojekte realisiert und wird das auch weiterhin tun – unabhängig von Sanktionen jeder Art. Es wird allerdings interessant sein, inwieweit die europäischen Länder souverän sind, von denen – beispielsweise von Deutschland – Washington mit Befehlsstimme verlangt, den US-Energiebereich demütig zu finanzieren und dabei die eigenen Wirtschaftsinteressen zu vergessen“, unterstrich die Behörde.

Nord Stream 2

Das Nord Stream 2-Projekt umfasst den Bau von zwei Strängen einer Gaspipeline mit einer Gesamtkapazität von 55 Milliarden Kubikmeter Gas pro Jahr von der russischen Küste über die Ostsee nach Deutschland.

Die Gaspipeline verläuft durch Hoheitsgewässer oder ausschließliche Wirtschaftszonen der Russischen Föderation, Finnlands, Schwedens, Dänemarks und Deutschlands.

Die Ukraine sowie eine Reihe europäischer Länder wie Polen, Lettland und Litauen, aber auch die USA, die den Absatz ihres Flüssigerdgases in der EU fördern wollen, setzen sich gegen das Projekt ein, indem sie die Pipeline als ein für die Energiesicherheit der EU bedrohliches politisches Projekt bezeichnen. Die russische Seite hat ihrerseits mehrmals erklärt, dass Nord Stream 2 ein kommerzielles und wettbewerbsfähiges Projekt sei und keine Aussetzung des russischen Gastransits durch die Ukraine impliziere.

dnr-sckk.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung für den Zeitraum vom 21. Dezember 3:00 Uhr bis 22. Dezember 3:00 Uhr

Die Vertretung der Donezker Volksrepublik im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination teilt mit: In den letzten 24 Stunden betrug die Zahl der Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine 7. Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen ... (es folgt eine genaue Auflistung der Waffensysteme und Geschosse; Anm. d. Übers.).

In der Beschusszone von Seiten der BFU befanden sich die folgenden Bezirke/Ortschaften: **Gorlowka (Siedlung des Gagarin-Bergwerks), Jasinowataja, Shabitschewo, Donezk (Volvo-Zentrum, Siedlung des Trudowskaja-Bergwerks), Leninskoje.**

Opfer unter der Zivilbevölkerung oder Schäden an ziviler Infrastruktur wurden bisher nicht festgestellt.

Die Zahl der von den BFU angefeuerten Geschosse beträgt 104.

Wir erinnern daran, dass die Zahl der Geschosse mit einem Kaliber bis 12,7mm nicht in die Gesamtstatistik im täglichen Bericht eingeht.

In den vorangegangenen 24 Stunden betrug die Zahl der auf das Territorium der DVR abgefeuerten Geschosse 134.

Ab 01:01 Uhr am 21. Juli 2019 trat gemäß einer von der Minsker Kontaktgruppe erreichten Vereinbarung eine erneuerte Verpflichtung zur Einhaltung eines allumfassenden, bedingungslosen, nachhaltigen und unbefristeten Regimes der Feueereinstellung in Kraft.

de.sputniknews.com: „Schwierige innere und äußere politische Situation“ – Kim Jong Un hält Militärsitzung ab

Der nordkoreanische Staatschef Kim Jong Un hat eine Sitzung des zentralen Militärkomitees der Partei der Arbeit Koreas abgehalten. Dabei informierte er die Militärs über die „schwierige innere und äußere politische Situation“, schrieb die staatliche nordkoreanische Nachrichtenagentur KCNA am Sonntag.

„Im Laufe der Sitzung hat der Oberste Führer Kim Jong Un die schwierige innere und äußere politische Situation analysiert und erklärt, dass im Rahmen der Sitzung wichtige organisatorische und politische Maßnahmen sowie militärische Schritte zur Förderung der Streitkräfte des Landes getroffen würden... wie es auch die sich schnell ändernde Situation in dieser entscheidenden Zeit für die koreanische Revolution erfordert“, so die KCNA.

Bei der Sitzung sollen laut der Agentur in Einklang mit den militärischen und strategischen Absichten der Partei Fragen zur Bildung, Erweiterung und Reorganisation neuer Unterabteilungen, zur Neuaufstellung einiger Einheiten sowie wichtige militärische Fragen und Maßnahmen zur Umgestaltung der Stationierung der Truppen diskutiert und gelöst worden sein.

Nach Angaben der KCNA wurden während der Sitzung „einige Mitglieder des zentralen Militärkomitees (der Arbeiterpartei) abberufen und andere gewählt“. Auch in der Führung von mehreren staatlichen Gewaltorganen und der Leitung des Armeekorps Nordkoreas kam es zu Umbesetzungen des Personals, schrieb die Agentur.

Gespräche zwischen USA und Nordkorea

Die Führung in Nordkorea hatte zuletzt in mehreren Erklärungen deutlich gemacht, nicht an neuen Atomgesprächen mit den USA interessiert zu sein, solange Washington keine neuen Vorschläge unterbreite. Pjöngjang setzte dafür eine Frist bis zum Ende des Jahres. So erklärte das nordkoreanische Außenministerium am 3. Dezember, es sei „ganz den USA überlassen, zu wählen, welches Weihnachtsgeschenk sie erhalten“.

Lug-info.com: Gratulation des Oberhauptes der LVR Leonid Pasetschnik zum Tag des Arbeiters des Energiebereichs

Sehr geehrte Arbeiter der Energiebranche!

Ich gratuliere Ihnen zum Feiertag! Von ihrer Professionalität und selbstlosem Einsatz hängt das stabile Funktionieren des Energiesystem sowie die Bequemlichkeit und Gemütlichkeit der Bürger der LVR ab. Ich danke für die Arbeit! Ich wünsche starke Gesundheit, einen friedlichen Himmel und Wohlergehen.

de.sputniknews.com: Lawrow: Kein schlechteres Verhältnis zu China, nur um USA zufriedenzustellen

Russland wird laut Sergej Lawrow seine Beziehungen mit China nicht absichtlich verschlechtern, um die Vereinigten Staaten zufriedenzustellen. Damit kommentierte der russische Chefdiplomat eine Äußerung des früheren US-Außenministers Henry Kissinger. Kissinger habe ihm bei ihrem jüngsten Treffen gesagt, dass es für die Vereinigten Staaten ideal wäre, wenn ihre jeweiligen Beziehungen zu Russland und China besser wären als die

Beziehungen zwischen Russland und China, teilte Lawrow in einer am Sonntag ausgestrahlten Sendung im russischen Fernsehen mit.

„Wir werden unsere Beziehungen mit China nicht trüben, nur um die Amerikaner glücklich zu machen“, sagte Lawrow.

„Doch die Idee, dass man seine Ziele mit Positivem und engerer Zusammenarbeit statt durch Sanktionen und Ultimaten erreichen sollte, verdient wahrscheinlich zumindest Anerkennung.“ Die Beziehungen zwischen Moskau und Peking sind nach übereinstimmender Einschätzung beider Seiten so gut wie noch nie zuvor. Chinas Staatschef Xi Jinping nennt den russischen Präsidenten, Wladimir Putin, einen Intimfreund. Die Regierung in Peking erklärte im Sommer, dass „jegliche Versuche, Zwietracht zwischen Russland und China zuzüchten, zum Scheitern verurteilt“ seien. Der russische Außenminister Lawrow konstatierte im September, dass die Zusammenarbeit mit China ein „beispielloses strategisches Niveau“ erreicht habe. Die Beziehungen der USA mit China dagegen sind durch einen andauernden Handelsstreit belastet. Washington und Peking überziehen sich seit mehr als einem Jahr gegenseitig mit Strafzöllen. Der Handelskonflikt bremst sowohl das Wirtschaftswachstum in beiden Ländern, als auch weltweit. In der vergangenen Woche einigten sich die beiden größten Volkswirtschaften auf ein Teilabkommen und wandten damit die nächste Runde an Strafzöllen ab.



<https://cdn1.img.sputniknews.com/images/32361/67/323616786.jpg>

Dnronline.su: Gratulation des Oberhaupt der DVR Denis Puschilin zum Tag des Arbeiters des Energiebereichs

Sehr geehrte Arbeit der Energiebranche! Nehmen Sie meinen aufrichtigen Glückwünsche aus Anlass Ihres Berufsfeiertags entgegen!

Wir alle wissen, eine wie verantwortungsvolle und wichtige Sache das ist – die Menschen mit Wärme und Strom zu versorgen. Alle Schwierigkeiten, die durch die Wirtschaftsblockade und die politische Isolation entstanden sind, überwinden, haben Sie nicht nur das vorhandene Potential bewahrt, sondern Sie tun auch alles mögliche zur Entwicklung des Energiebereichs. In der Zukunft liegen viele großangelegte Arbeiten, unter anderem zur Heranziehung von Investitionen und zur Gewährleistung eines Wirtschaftswachstums. Ich bin überzeugt, dass wir Dank Ihrer Professionalität und Ihres Fleißes ein großes Werk der sozialökonomischen Entwicklung der Republik schaffen werden können, wo gerade der Energiekomplex an der Spitze stehen wird.

Ich wünsche Ihnen Arbeit ohne Störungen, Stabilität und neue Erfolge bei ihrer nützlichen Arbeit! Gesundheit, Frieden, Gutes, Glück Ihnen und den Ihnen Nahestehenden!

nachmittags:

de.sputniknews.com: **Neue Militäroperation in Idlib: Syrische Armee befreit mehrere Dörfer**

Die syrische Armee hat laut einem Militärkommandanten weitere Dörfer im Südosten der Provinz Idlib befreit.

„Die syrische Armee hat die Kontrolle über die Dörfer al-Bustan, al-Harraki und Abu Schardschi nordwestlich von Tell-Damm, über das Dorf al-Burdsch nördlich von Sardscha Garbija, über die Harran-Hügel westlich von Sardscha Garbija und über Homs westlich von al-Burdsch erlangt“, sagte er.

Der Kommandant betonte, dass die syrische Armee ihre Operation im Südosten von Idlib fortsetze – unter den Kämpfern der Terrormiliz „Dschabhat an-Nusra“ und den mit dieser Terrorvereinigung verbundenen Gruppierungen gebe es bereits Tote und Verletzte.

Die syrische Regierungsarmee hat am Donnerstag eine neue Militäroperation im Südosten der Provinz Idlib begonnen. Die regierungstreue Zeitung „al-Watan“ teilte am Dienstag unter Verweis auf eine Militärquelle im Süden von Idlib mit, dass die syrische Armee Verstärkung in Idlib zusammenziehe. Die Zeitungsquelle präzisierte, dass die Armee bereit sei, den Einsatz auch auf den Territorien der Nachbarprovinzen Aleppo, Hama und Latakia durchzuführen, die von Terroristen der „Dschabhat an-Nusra“ und anderen mit dieser Terrorvereinigung verbundenen Gruppierungen kontrolliert werden.

Der bewaffnete Konflikt in Syrien dauert seit 2011 an. Ende 2017 wurde der Sieg über die Terroristengruppe IS („Islamischer Staat“*) in Syrien und im Irak verkündet. In einigen Gebieten des Landes werden Aufräumungsarbeiten fortgesetzt. Im Moment stehen eine politische Einigung, die Wiederherstellung Syriens und die Rückkehr von Flüchtlingen im Vordergrund.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/32585/60/325856059.jpg>

armiyadnr.su: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Leitung der Volksmiliz der DVR zur Lage am 22.12.2019**

Nach Angaben, die von den Beobachtern des GZKK der DVR erfasst wurden, haben die ukrainischen Kämpfer in den letzten 24 Stunden **siebenmal das Feuer Ortschaften der Republik eröffnet.**

In **Richtung Gorlowka** haben Strafruppen Kaschtschenkos aus der 58. Brigade die **Siedlung des Gagarin-Bergwerks** mit 82mm-Mörsern beschossen.

In **Richtung Donezk** haben Kämpfer Iwanows, Marschenkos und Kokorjews aus der 56., 28. und 92. Brigade das Feuer mit 120mm-Mörsern, Abwehrgeschützen, Granatwerfern verschiedener Art, großkalibrigen Maschinengewehren und Schusswaffen auf **Shabitschewo,**

Jasinowataja, die Siedlung des Trudowskaja-Bergwerks und das Volvo-Zentrum von Donezk eröffnet.

In **Richtung Mariupol** haben Kämpfer Subanitschs aus der 10. Brigade das Feuer mit Antipanzergranatwerfern, großkalibrigen Maschinengewehren und Schusswaffen auf **Leninskoje** eröffnet.

Informationen über Zerstörungen von Objekten der zivilen Infrastruktur und Verletzte unter der Zivilbevölkerung werden noch ermittelt.

Unsere Aufklärung hat Informationen erhalten, dass gestern in Wolnowacha der Kämpfer der 128. Brigade Alexandr O., der am 20. Dezember von den Positionen in Granitnoje mit der Waffe geflohen war, festgenommen wurde. Der Kämpfer wurde von Mitarbeitern der Polizei in einem Geschäft der Stadt festgenommen, als er versuchte alkoholische Getränke erstehen. Dabei geht in der 56. Brigade die Suche nach dem mit der Waffe geflohenen Witalij K. weiter. Es ist wichtig anzumerken, dass der Fall von eigenmächtigem Verlassen des Truppenteils des unterstellten Kämpfers dem Kommandeur des 37. Bataillons der Brigade mit Codenamen „Ford“ erst nach der Veröffentlichung in Massenmedien bekannt wurde. Inzwischen hat der Bataillonskommandeur eine Fahndungsgruppe mit drei der am prinzipienlosesten Kämpfern unter Leitung des Kompaniekommandeurs Krassow in den Oblast Cherson an den Wohnort des Geflohenen geschickt.

Nach unseren Informationen hat die Fahndungsgruppe nun eine Falle in der Wohnung seiner Frau eingerichtet, fordern die unverzüglich Rückkehr des Flüchtlings mit Waffen an den Stationierungsort des Truppenteils und droht ihr und dem Kind mit Vergeltung.

Im Zusammenhang mit dem Fehlen des Soldaten mit Waffen ist der Besuch einer Kommission des Stabs der OOS in der 56. Panzergrenadierbrigade zur Durchführung einer Ermittlung geplant. Das Brigadekommando hat eilig eine Suche nach sieben zuvor bereits fehlenden Soldaten organisiert, außerdem werden mit dem Personal Gespräche geführt, dass keine Informationen über die reale Lage in den Einheiten weitergegeben werden.

de.sputniknews.com: **Trump ruft „Space Force“ als neue US-Teilstreitkraft ins Leben**

Die Vereinigten Staaten haben die Bildung einer „Space Force“ als eigene Teilstreitkraft angeregt – damit wappnet sich das US-Militär für Konflikte im Weltraum.

Nach der Verabschiedung durch den Kongress unterzeichnete US-Präsident Donald Trump am Freitag ein Gesetzespaket zum Verteidigungshaushalt (NDAA), das das Gesetz zur Schaffung einer eigenständigen Weltraumstreitkraft beinhaltet.

„Mit meiner Unterschrift heute werden Sie Zeugen der Geburt der Space Force, und das wird jetzt offiziell der sechste Zweig der Streitkräfte der Vereinigten Staaten“, sagte Trump bei der Zeremonie auf der Luftwaffenbasis Andrews bei Washington. Der Weltraum sei das neueste militärische Operationsgebiet.

Mit der „Space Force“ wurde erstmals seit 1947 wieder eine eigene US-Teilstreitkraft geschaffen - damals wurde die US-Luftwaffe eine separate Einheit. Es ist ein bedeutender Erfolg für Trump, der sich für die Bildung einer eigenen „Space Force“ eingesetzt hatte. „Das ist ein großer Moment“, sagte der Präsident am Freitagabend. „Inmitten gravierender Bedrohungen für unsere nationale Sicherheit ist die amerikanische Überlegenheit im Weltraum absolut unerlässlich.“

Trump nominierte zugleich General Jay Raymond als ersten Kommandeur der „Space Force“ („Chief of Space Operations“).

„Er wird das allererste Mitglied der Space Force werden“, sagte Trump. Der Kommandeur - der dem zivilen Leiter der Luftwaffe unterstellt wird - muss noch vom Senat bestätigt werden. Das Gesetz sieht keine zusätzlichen Soldaten für die „Space Force“ vor, diese sollen aus der Luftwaffe rekrutiert werden.

Die „Space Force“ ist nun neben Heer, Marine, Luftwaffe, Marineinfanteriekorps und Küstenwache die sechste eigenständige Teilstreitkraft der USA. In dem Gesetz heißt es, die

„Space Force“ solle die Operationsfreiheit der USA im Weltraum gewährleisten und die Interessen der Amerikaner dort schützen. Aufgabe der neuen Teilstreitkraft sei außerdem, Aggressionen im und aus dem Weltraum abzuwehren und dort Operationen auszuführen.

Weltraum als Kriegsschauplatz

Im Juni 2018 verkündete US-Präsident Donald Trump die Schaffung einer „Space Force“, das Pentagon musste damals ab sofort mit ihrer Bildung beginnen. Trump begründete den Schritt damit, dass die US-Präsenz im Weltraum angesichts der Verteidigung des Landes nicht ausreichend sei.

Im November 2019 erörterte Nato-Chef Jens Stoltenberg die Notwendigkeit, den Weltraum als Einsatzgebiet der Allianz neben Luft, Land, Meer und Cyberraum zu erkennen.

Putins Kritik

Nach Ansicht des russischen Präsidenten, Wladimir Putin, betrachtet Washington den Weltraum als einen möglichen Kriegsschauplatz und plant dort Militäroperationen. Ihm zufolge planen die Vereinigten Staaten militärische Operationen im Weltraum. „Um die strategische Überlegenheit in diesem Bereich aufrechtzuerhalten, beschleunigen die Vereinigten Staaten die Bildung von Raumfahrtkräften, die im Rahmen ihrer Aufgaben bereits operative Vorbereitungen treffen“, so der russische Staatschef.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/32404/19/324041991.jpg>

deutsch.rt.com: **Georgien: Kommunisten feiern Stalins 140. Geburtstag in seinem Geburtsort**

Dutzende von Menschen feierten am Samstag den 140. Geburtstag von Josef Stalin in der georgischen Stadt Gori. Die Teilnehmer der Kundgebung versammelten sich in der Nähe des Stalin-Museums im Stadtzentrum. Stalin-Anhänger und Kommunisten erreichten den zentralen Platz der Stadt mit Porträts des Führers und der roten Fahne der UdSSR.

Die Demonstranten forderten die Rückgabe des Stalin-Denkmals, das 2010 in Gori abgebaut wurde. Medienberichten zufolge wurden während der Demonstration Unterschriften für eine Petition zur Restaurierung des Denkmals gesammelt.

Zudem forderten die Protestler die Wiederherstellung der diplomatischen Beziehungen mit der Russischen Föderation.

Josef Stalin war von 1922 bis 1953 Generalsekretär des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (KPdSU), ab 1941 Vorsitzender des Rates der Volkskommissare (Regierungschef), ab 1946 Vorsitzender des Ministerrats der UdSSR und in den Jahren 1941 bis 1945 Oberster Befehlshaber der Roten Armee – der "Generalissimus".

<iframe width="791" height="445" src="https://www.youtube.com/embed/3sSvxhqLFK4" frameborder="0" allow="accelerometer; autoplay; encrypted-media; gyroscope; picture-in-

picture" allowfullscreen></iframe>
<https://youtu.be/3sSvxhqLFK4>

de.sputniknews.com: **Erstmals seit 43 Jahren: Kuba hat wieder einen Premier**

Das Parlament Kubas hat den bisherigen Tourismusminister Manuel Marrero Cruz im Amt des Ministerpräsidenten des Landes bestätigt, wie die Zeitung der Kommunistischen Partei Kubas „Granma“ am Sonntag berichtete. Der 56-Jährige wird der erste Premier des Landes seit 1976 sein.

Wie es heißt, wurde das Amt des Premiers in der Verfassungsreform vom April wieder eingeführt. Innerhalb von 16 Jahren hatte Cruz den Posten des Touristikministers bekleidet. In den Jahren 1959 bis 1976 hatte Fidel Castro den Posten einst inne, bevor er mit der neuen Verfassung von 1976 abgeschafft wurde. Fidel Castro war Kubas Staatsratsvorsitzender sowie auch Regierungs- und Staatschef gewesen.

Im Februar 2019 wurde bei einem Referendum eine neue Verfassung Kubas befürwortet, die unter anderem die Wiedereinführung des Amtes eines Ministerpräsidenten vorsieht.

Kubas neuer Staatschef

Der 59-jährige Miguel Díaz-Canel wurde im Oktober zum Präsidenten gewählt. Díaz-Canel schlug dem Parlament Cruz im Rahmen der zweitägigen Sitzung der Nationalversammlung am Samstag vor.

Der Ministerpräsident soll sich die Regierungsgeschäfte künftig mit dem Präsidenten teilen. Zudem gilt eine Begrenzung von höchstens zwei fünfjährigen Amtszeiten.

Mil-Inr.info: **Erklärung des Offiziers des Pressedienstes der Volksmiliz der LVR I. M. Filiponenko**

Nach Angaben, die von Beobachtern des GZKK der LVR wurde in den letzten 24 Stunden **zwei Beschießungen von Seiten der ukrainischen Streitkräfte** auf das Territorium der DVR festgestellt.

In **Richtung Slawjanoserbsk** haben Soldaten der 93. Brigade auf Befehl des Kriegsverbrechers Bryshinkij **Frunse** mit 82mm-Mörsern beschossen.

In **Richtung Swetlodarsk** haben Kämpfer der 59. Brigade auf Befehl des Verbrechers Schapowalow **Nishneje Losowoje** mit Mörsern, Granatwerfern und Schusswaffen beschossen.

Insgesamt wurden **mehr als 20 Geschosse auf das Territorium der Republik abgefeuert**. Informationen über Zerstörungen von Objekten der zivilen Infrastruktur und Verletzte unter der Zivilbevölkerung werden noch ermittelt.

Die ukrainischen Truppen stationieren weiter Militärtechnik und Waffen in Wohngebieten von Ortschaften auf von ihnen kontrolliertem Territorium, was eine Gefahr für das Leben friedlicher Einwohner schafft.

Im Gebiet von Rubeshnoje wurde die Stationierung von vier Abwehrraketenkomplexen 9K35 „Strela-10“ und eines Abwehrraketenkomplexes „Tunguska“ bemerkt.

Außerdem stellen wir weiter **bewaffnete Konflikte zwischen Einheiten der ukrainischen Streitkräfte und sich in der OOS-Zone aufhaltenden nationalistischen Formationen** fest.

Am 21. Dezember wurde eine Schießerei zwischen Soldaten der 72. Brigade und Nationalisten im Gebiet von Solotoje unter Einsatz von 82mm-Mörsern, Granatwerfern und Schusswaffen festgestellt. In der Folge dieser kriminellen Auseinandersetzungen wurden in Solotoje-4 nach vorläufigen Informationen zwei Häuser beschädigt.

Diese Informationen werden auch von OSZE-Beobachtern bestätigt....

de.sputniknews.com: **Russland will USA auch „Satan-2“-Rakete zeigen**

Moskau hat Washington die Hyperschallrakete „Avangard“ bereits live vorgestellt. Später wird Moskau laut dem russischen Außenminister Sergej Lawrow auch die ballistische

Interkontinentalrakete „Sarmat“ (Nato-Codename Satan 2) präsentieren.

„Wir haben den Amerikanern bereits mitgeteilt – diese Diskussion fand im Rahmen der im Zusammenhang mit dem START-III-Vertrag gebildeten bilateralen Beratungskommission statt –, dass wir unsere neuen Systeme, einschließlich der Hyperschallwaffen, vorgestellt haben“, sagte Lawrow in einer Sendung des russischen TV-Senders Perwy Kanal.

„Wir gehen davon aus, dass die Systeme ‚Avangard‘ und ‚Sarmat‘ unter den Vertrag fallen. Wir sind bereit, diese Waffen und Systeme in den bestehenden START-III-Vertrag zu integrieren (natürlich, wenn er verlängert wird). Außerdem haben wir den Amerikanern die ‚Avangard‘ bereits live vorgestellt und werden zu einem bestimmten Zeitpunkt bereit sein, dies auch mit ‚Sarmat‘ zu tun.“

Der Außenminister verwies auch darauf, dass die weiteren Systeme nicht unter den START-Vertrag fallen würden. Russland sei bereit, ein separates, paralleles Gespräch über diese Systeme zu führen.

Der Vertrag über die Reduzierung der strategischen Offensivwaffen (START III), der 2010 unterzeichnet wurde, ist der einzig verbliebene gültige Vertrag zwischen Russland und den USA über die Rüstungsbegrenzung. Das Abkommen läuft im Februar 2021 aus.

Die Rakete mit der Typenbezeichnung RS 28 „Sarmat“ (NATO-Code: Satan 2) hat laut ihren Konstrukteuren eine Reichweite von bis zu 18.000 Kilometern. Das Startgewicht beträgt 208,1 Tonnen und die maximale Masse der zu transportierenden Last rund zehn Tonnen. Die Rakete ist 35,5 Meter lang und hat einen Durchmesser von drei Metern. Die Tanks können 178 Tonnen Treibstoff aufnehmen. Die Rakete ist mit einem Mehrfachsprengkopf mit individuell lenkbaren Blöcken ausgestattet.

Die „Sarmat“ soll die weltweit schwerste strategische Rakete „Wojewoda“ ersetzen. Das Konzept der neuartigen Rakete besteht darin, die Gefechtsköpfe über Flugbahnen zum Ziel zu bringen, die ihre Zerstörung auch durch perspektivische Abwehrkomplexe des Gegners wesentlich erschweren.

Die ersten serienmäßig gebauten „Sarmat“-Raketen sollen laut Plänen 2021 in Dienst gestellt werden.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/32083/58/320835894.jpg>

de.sputniknews.com: **Ohne Russland selbst zu schaden: Moskau verspricht Antwort auf Nord-Stream-2-Sanktionen**

Russlands Außenminister Sergej Lawrow hat in Bezug auf die Sanktionen der USA gegen die Gaspipeline Nord Stream 2 Gegenmaßnahmen angekündigt. Laut Lawrow wird die Gasleitung ungeachtet der US-Sanktionen fertiggestellt.

„Wie werden auf die Sanktionen reagieren, aber auf eine Weise, die uns selbst keinen Schaden zufügt. Aber reagieren darauf werden wir auf jeden Fall. Und natürlich werden wir dies bei

der Gestaltung unserer Beziehungen berücksichtigen“, sagte Lawrow gegenüber dem russischen Fernsehsender „Pervyy kanal“.

Laut dem russischen Außenminister ist der Beschluss der USA, neue Sanktionen einzuführen, eine „äußerst schwer nachvollziehbare Situation“, da er die meisten Kongressmitglieder, Abgeordnete im Repräsentantenhaus sowie Senatoren – in erster Linie von der demokratischen Partei – indirekt oder persönlich kenne.

„Ich hätte niemals gedacht, dass Politiker so weit gehen können, um Entscheidungen zu treffen, die eines seriösen Politikers nicht würdig sind“, betonte Lawrow.

Des Weiteren bezog sich der Außenminister auf die Fertigstellung der Gasleitung Nord Stream 2 und bekundete Moskaus Entschlossenheit diesbezüglich.

„Dem Projekt wird gedroht. Ich habe gesagt, es wird trotzdem abgeschlossen, trotz all dieser Drohungen. Erstens bin ich überzeugt, dass sich die Europäer ihres kommerziellen Interesses bewusst sind. Zweitens – das Interesse an einer langfristigen Energiesicherheit. Und drittens wurden sie natürlich gedemütigt. Allerdings waren Worte zu vernehmen, darunter aus Berlin, die zeigen, dass unsere europäischen Partner nach wie vor ein Selbstwertgefühl haben“, betonte Lawrow.

Er wiederholte, sowohl Nord Stream 2 als auch Turkish Stream würden fertiggestellt werden. Turkish Stream, so der russische Außenminister, soll in etwa zwei bis drei Wochen in Betrieb gehen.



<https://cdn1.img.sputniknews.com/images/32627/20/326272090.jpg>

abends:

sputniknews.de: **Polen „befremdet“ über Putins Worte über Beginn von Zweitem Weltkrieg**

Nach den Worten des russischen Präsidenten Wladimir Putin über die Ursachen des Zweiten Weltkriegs hat sich Polen „beunruhigt und befremdet“ gezeigt.

In seiner großen Pressekonferenz am vergangenen Donnerstag hatte Putin erklärt, die sowjetischen Truppen seien erst in Polen einmarschiert, nachdem die polnische Regierung die „Kontrolle über ihre Streitkräfte und über die Geschehnisse auf dem Territorium des Landes“ verloren habe. Die polnische Regierung habe sich zu jenem Zeitpunkt irgendwo in der Nähe der polnisch-rumänischen Grenze befunden. Daher habe man nicht einmal einen Ansprechpartner gehabt.

Bei der Sitzung der Spitzenpolitiker der GUS-Staaten am nächsten Tag erinnerte der russische Staatschef zudem an das Münchner Abkommen von 1938 und an die Beteiligung Polens an

der Aufteilung der Tschechoslowakei.

Am Sonntag kam dann eine Reaktion aus Warschau: „Mit Sorge und Befremdung betrachten wir die Aussagen der Vertreter der russischen Führung, darunter auch des Präsidenten Wladimir Putin, hinsichtlich des Ursprungs und Hergangs des Zweiten Weltkrieges, die ein falsches Bild der Ereignisse abgeben“, heißt es in einer Stellungnahme des polnischen Außenministeriums.

Der richtige Weg für den russisch-polnischen historischen Dialog wäre die Wiederaufnahme der Arbeit der sogenannten Gruppe für schwierige Fragen, die einige Errungenschaften vorzuweisen habe, darunter auch die Aufklärung über die Rolle der Sowjetunion im Zweiten Weltkrieg.

Die Worte des russischen Präsidenten würden die „Zusammenarbeit polnischer und russischer Experten“ sowie die Errungenschaften seiner Vorgänger – Michail Gorbatschow und Boris Jelzin – untergraben, die „ungeachtet der Schwierigkeiten“ versucht hätten, den Weg der Wahrheit und Versöhnung in den russisch-polnischen Beziehungen zu gehen.

„Ein ehrlicher und kritischer Blick auf die Geschichte anstatt von Propaganda würde auch ermöglichen, Millionen von Opfern von Stalins Repressionen zu ehren – auch von der russischen Seite“, hieß es weiter.

Seit Jahren vertritt Warschau die Meinung, dass die UdSSR im Jahr 1939 - genauso wie Nazi-Deutschland – Polen überfallen hatte. Als einer der Beweise wird der deutsch-sowjetische Nichtangriffspakt vom 23. August 1939 vorgebracht. Gleichzeitig wurde damals ein geheimes Zusatzprotokoll unterzeichnet, welches die Aufteilung der Einflussphären der Sowjetunion und Deutschlands festlegte. Zur sowjetischen Einflussphäre gehörte ein Teil des Baltikums, Westweißrussland, die Westukraine und Bessarabien. Damit wurde die europäische Grenze der UdSSR weiter nach Westen verschoben.

Moskau reagiert auf Kritik

Es sei gerade die polnische Seite und nicht die russische, die seit vielen Jahren nicht nur die bilateralen Beziehungen, sondern auch die Arbeit der Experten und Historiker untergrabe, sagte am Sonntag die Sprecherin des russischen Außenministeriums, Maria Sacharowa.

„Die aggressive Rhetorik, das Abreißen der Denkmäler für die Kämpfer gegen den Faschismus, die Vorreiter-Rolle bei der Einführung der antirussischen Sanktionen der EU – das sind direkte Beweise dafür“, fügte sie hinzu.

Russisch-polnische Gruppe

Die russisch-polnische Gruppe für schwierige Fragen war 2002 beim Besuch Putins in Polen gebildet worden. Das Ziel war, die Lücken in den bilateralen Beziehungen im historischen Kontext ohne deren Politisierung zu schließen. Die Arbeit der Gruppe wurde 2015 faktisch eingestellt, als der Vorsitzende der Task Force von der polnischen Seite seinen Posten verließ.